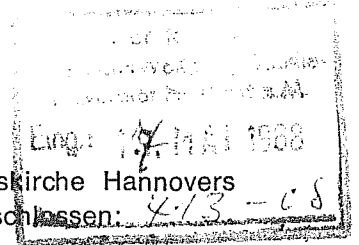


Die Mitarbeiterkonferenz der Sozial- und Industriearbeit der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers hat auf ihrer Arbeitstagung vom 17. – 19. April 1968 folgende **Erklärung** beschlossen:



1. Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke kann nicht einfach als die Tat eines „irren Außenseiters der Gesellschaft“ abgetan werden. Die Bevölkerung unseres Landes, vor allem aber zahlreiche unserer führenden Politiker und nicht zuletzt ein großer Teil unserer Presse tragen durch die Verketzerung von politischen Gegnern die Verantwortung für eine Atmosphäre, in der solche Taten provoziert werden. Deshalb sind wir heute mehr denn je zur Selbstbesinnung aufgerufen.
2. Alle Erregung über die Vorfälle nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke darf nicht die Tatsache vergessen lassen, daß der Ursprung der studentischen Unruhen im berechtigten Protest gegen Mißstände in unserer Gesellschaft zu sehen ist. Es geht nicht an, vor lauter Abwehr revolutionärer Aktionen notwendige Reformen zu unterlassen.
3. Wer von der Gewalt der Studenten spricht, sollte nicht aus den Augen verlieren, daß in vielen Fällen die Polizei mit Gewalttätigkeiten begonnen hat. Es ist notwendig, die für den Polizeieinsatz Verantwortlichen an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu erinnern.
4. Durch gewalttätige Ausschreitungen können die Probleme unserer Gesellschaft nicht gelöst werden. Mögen die Aktionen gegen den Springer-Verlag am Abend des Karfreitag als Zeichen der Empörung noch verständlich sein, die Fortsetzung dieser Aktionen ist unverantwortlich, unverantwortlich wegen der Gefahr für Gesundheit und Leben von Menschen, unverantwortlich aber auch im Hinblick auf die zu vertretende gute Sache. Ernten wird dann nämlich die Reaktion und der Rechtsradikalismus.
5. Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verbietet Urteile auf Grund augenblicklicher Erregung. Bedenkliche Zeichen, seitens der Öffentlichkeit die Justiz unter Druck zu setzen, sind schon erkennbar. Vor einer solchen Entwicklung kann nicht eindringlich genug gewarnt werden.
6. Auf die Gefahr für die Meinungs- und Informationsfreiheit durch die Konzentration der Presse und durch die besondere Rolle des Hauses Axel Springer haben in den letzten Monaten verantwortungsbewußte Politiker und Wissenschaftler hingewiesen. Diese Problematik hat sich nicht dadurch erledigt, daß dieser Verlag zur Zielscheibe gewalttätiger Aktionen geworden ist.

Der deutsche Bundestag ist aufgefordert, ein Pressegesetz zu verabschieden und die anstehenden Probleme nicht in „Sachverständigen-Kommissionen“ versickern zu lassen.

7. Wir unterstützen alle Kräfte, die sich um einen neuen Anfang bemühen. Gespräche zwischen allen beteiligten Gruppen und Institutionen sind dafür die erste Voraussetzung. Sie dürfen nicht an bisheriger, gegenseitiger Beschimpfung oder an oberflächlichen konventionellen Fragen scheitern.

Wir begrüßen die Bereitschaft zur Vermittlung, die die Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg durch ihre höchsten Repräsentanten angeboten hat und fordern alle anderen Landeskirchen auf, sich diesem Schritt anzuschließen. Dabei sollten die Kirchen ihre Glaubwürdigkeit durch Reformen im eigenen Bereich beweisen.